

### Das soziale Europa stärken Eine deutsche Perspektive

*Franz Müntefering, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, führte am Freitag, den 19. Februar 2009 politische Gespräche in Brüssel. Nach Unterredungen mit hochrangigen Vertretern europäischer Institutionen und Verbände hielt er bei einem öffentlichen Empfang im Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung vor 130 Vertretern aus den europäischen Institutionen und dem weiteren politischen Umfeld eine Rede zum Thema „Das soziale Europa stärken – eine deutsche Perspektive“.*

Franz Müntefering ging zu Beginn seiner Rede ausführlich auf die Wirtschaftskrise und die Herausforderungen ein, die diese für die Politik und die Bürgerinnen und Bürger darstellt. Die vorangegangenen Gespräche anlässlich seiner Brüsselreise hätten sich im Kern stets um das gedreht, „was uns die internationale Finanzindustrie bereitet hat“. Er verwies darauf, dass sich viele Menschen der Ausmaße der Krise noch nicht bewusst seien und äußerte die Befürchtung, dass die Dramatik der Situation bis zu den Europawahlen im Juni noch zunehmen werde.

Von der Politik erwarteten die Bürgerinnen und Bürger Lösungen für die aufgetretenen Probleme. Müntefering betonte, dass es von großer Bedeutung sei, „dass der Primat der Politik wieder in Kraft tritt, dass wir entscheiden, wie die Finanzindustrie in der Welt, in Europa und in Deutschland eigentlich funktionieren soll“.

In einer globalisierten Welt bestehe jedoch keine Chance, die Probleme auf nationaler Ebene in den Griff zu bekommen. „Aber wir sind Nationalstaaten und Europa besteht aus 27 davon“, so der Parteivorsitzende der SPD weiter. „Und die Kunst der Politik im nächsten Jahrzehnt muss darin bestehen, dass wir es schaffen, in 27 souveränen Staaten in Europa, demokratisch legitimiert, freiwillig Vereinbarungen darüber zu treffen, wie denn eigentlich in Zukunft Politik organisiert sein soll; ökonomisch, finanzpolitisch und auch in anderen Politikbereichen.“ Müntefering kritisierte, dass in den letzten Jahrzehnten zu viel Geld ins Geld investiert worden sei. Man müsse dafür sorgen,

dass mehr Geld in die Realwirtschaft laufe. Ein Konzept, über das man sich in diesem Zusammenhang Gedanken mache, sei eine Börsenumsatzsteuer. Nationale Alleingänge seien aber auch in diesem Bereich nicht sinnvoll. Wenn man beispielsweise in Deutschland über die Einführung einer solchen Steuer nachdenke, müsse man sich die Konsequenzen für Deutschland in einer globalisierten Welt bewusst machen. Zudem stelle sich die Frage, ob nicht eine europäische Abstimmung solcher Politiken notwendig sei.

In Bezug auf die Europawahlen am 7. Juni äußerte sich Franz Müntefering optimistisch. Es bestehe die große Chance besser abzuschneiden als vor fünf Jahren. Um die Bürgerinnen und Bürger für die Wahlen zu mobilisieren, müsse man ihnen klarmachen, dass Europa die Voraussetzung dafür sei, dass der Wohlstand in Deutschland auf hohem Niveau bestehen bleibe. Dies werde sich besonders im Umgang mit der aktuellen Wirtschaftskrise zeigen. Zudem müssten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deutlich machen, dass das soziale Europa „eine Maxime sozialdemokratischer Politik“ sei. Dafür stünden die sozialdemokratischen Abgeordneten. Müntefering lobte in diesem Zusammenhang den Vorschlag des Vorsitzenden der PSE-Fraktion im Europaparlament, Martin Schulz, eine „soziale Folgenabschätzung zur Bedingung für ordentliche Politik in Europa zu machen“. Die Europawahlen seien von großer Bedeutung, da sie die Chance böten, das Europäische Parlament „sozialdemokratisch zu verstärken“. Wichtig sei dies vor allem, da sich die Mehrheitsverhältnisse in der Kommission, die von

den Mehrheitsverhältnissen in den 27 Mitgliedsstaaten der EU abhängen würden, nur sehr viel langsamer verändern ließen. Müntefering sprach sich auch für eine Personalisierung der Europawahlen aus und forderte darüber hinaus, dass Martin Schulz Günter Verheugen als Kommissar für Industrie und Unternehmen nachfolgen solle. Es sei nun an den Konservativen, einen Gegenkandidaten zu präsentieren. Den Vorschlag aus den Reihen der CDU, den deutschen Vertreter erst nach den Bundestagswahlen zu nominieren, lehnte Müntefering ab.

Neben seinen Ausführungen mit europapolitischem Bezug ging Franz Müntefering auch auf bildungspolitische Fragen, wie die Bedeutung der anstehenden Kommunalwahlen und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland ein. Zum Abschluss verwies er auf die historische Bedeutung des Jahres 2009, in dem sich für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtige Ereignisse jäherten – u.a. die Wahl Friedrich Eberts zum deutschen Reichspräsidenten am 11. Februar 1919 und die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler im Jahr 1969.

Julian Schorpp